

# Der Bundeshaushalt 1969

*Der nunmehr vorliegende vorläufige Gebarungserfolg des Bundes ermöglicht einen Überblick über den Bundeshaushalt im Jahre 1969. Ein Vergleich mit dem Rechnungsabschluß 1968 und den für 1970 veranschlagten Ausgaben und Einnahmen vermittelt Hinweise auf die Tendenzen der Budgetpolitik.*

Der Bundeshaushalt hatte 1969 in der Gesamtgebarung einen formellen Abgang von 7 16 Mrd. S, der durch Kreditoperationen gedeckt wurde. Der Abgang war um 1 29 Mrd. S oder 15% kleiner als 1968 und um 8% kleiner als 1967. Scheidet man die Schuldentilgung (5 0 Mrd. S) und sonstige nachfrageunwirksame Transaktionen (Transfers von und nach dem Ausland, Rücklagenbewegung usw.) aus, dann verbleibt für 1969 ein *inlandwirksames Netto-Defizit* von 0 65 Mrd. S, gegen je 4 3 Mrd. S in den beiden Jahren vorher. Der Netto-Abgang ist absolut der kleinste seit 1965. Er beträgt 0 7% der Budgetsumme und 0 2% des Brutto-Nationalproduktes. Der Staatshaushalt konnte zwar nicht ganz ausgeglichen werden, entwickelte sich aber konjunkturgerecht.

Der vorläufige Abschluß ist günstiger als erwartet wurde. Verglichen mit dem Voranschlag für 1969 (einschließlich der Wehranleihe) ist der Abgang brutto um 1 2 Mrd. S und netto um 1 5 Mrd. S geringer. Es wurden per Saldo 0 7 Mrd. S weniger ausgegeben und 0 5 Mrd. S mehr eingenommen.

Die „Budgetkrise“, die sich in den Vorjahren abzeichnete, ist damit noch nicht endgültig überwunden. Das relativ günstige Ergebnis 1969 war vor allem Ausgabenbeschränkungen und Steuererhöhungen zu danken.

Die zeitlich befristeten Zuschläge zur Einkommen-, Körperschaft- und Vermögensteuer erbrachten zusätzlich 2 1 Mrd. S, die Sondersteuern für Alkoholika und Personenkraftwagen weitere 1 6 Mrd. S. Ohne diese Maßnahmen hätte der Budgetabgang brutto 10 8 Mrd. S und netto 4 3 Mrd. S betragen.

## Ausgaben

Die *Gesamtausgaben* des Bundes erreichten 1969 93 19 Mrd. S (davon 3 85 Mrd. S in der ao. Gebarung). Ein Großteil der Zunahme um 7 01 Mrd. S oder 8 1% entfiel auf Personalaufwand (+11% oder +3 37 Mrd. S) und Tilgung der Staatsschuld (+71% bzw. +2 07 Mrd. S). Die Transferzahlungen (an Haushalte, Unternehmungen und Gebietskörperschaften) sowie die Investitionsausgaben stiegen nur mäßig, in- und ausländische Vermögenswerte wurden weniger erworben als 1968 (—0 5 Mrd. S). Die Bundesbetriebe gaben formell knapp 1% mehr aus als im Vorjahr. Rechnet man jedoch die in die Hoheitsverwaltung überstellten 1 7 Mrd. S ÖBB-Pensionen dazu, so wuchsen ihre Ausgaben um 8% oder 1 86 Mrd. S.

Der Bundeshaushalt seit 1968

	Ausgaben			Einnahmen			Überschuß (+), Abgang (—)		
	1968 Erfolg	1969 Vorläufiger Erfolg	1970 Bundesvor- anschlag	1968 Erfolg	1969 Vorläufiger Erfolg	1970 Bundesvor- anschlag	1968 Erfolg	1969 Vorläufiger Erfolg	1970 Bundesvor- anschlag
<b>Ordentliche Gebarung</b>									
Hoheitsverwaltung	60 529	67 850	75 030	59 684	66 519	71 740	— 845	—1 331	—3 290
Monopole	881	944	936	1 395	1 421	1 451	+ 514	+ 477	+ 515
Betriebe	9 162	10 167	10 652	8 667	9 355	9 852	— 495	— 812	— 800
Bundesbahnen	11 590	10 647	11 104	7 961	8 725	9 235	—3 629	—1 922	—1 869
Zusammen	82 162	89 608	97 722	77 707	86 020	92 278	—4 455	—3 588	—5 444
<b>Außerordentliche Gebarung</b>									
Hoheitsverwaltung	3 018	2 542	2 684	21	7	40	—2 997	—2 535	—2 644
Bundesbahnen	994	1 035	887				— 994	—1 035	— 887
Zusammen	4 012	3 577	3 571	21	7	40	—3 991	—3 570	—3 531
<b>Gesamterfolg</b>	<b>86 174</b>	<b>93 185</b>	<b>101 293</b>	<b>77 728</b>	<b>86 027</b>	<b>92 318</b>	<b>—8 446</b>	<b>—7 158</b>	<b>—8 975</b>
Anlehensgebarung	4 666			12 911			+8 245	+8 442	
Unwirksame Gebarung	1 261			639			— 622		
Veränderung der Kassenbestände							— 41		

**Struktur der Bundesausgaben**

	1968	1969		1970
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) / Abnahme (-)	Bundesvoranschlag
Mill S				
<b>I. Ordentliche und außerordentliche Gebarung der Hoheitsverwaltung</b>				
Personalaufwand für Aktive	13 185	14 851	+1 666	16 256
Pensionen	3 860	5 975 <sup>1)</sup>	+2 115	6 445
Beihilfen, Renten Unterstützungen	11 079	11 513	+ 434	12 099
Subventionen	3 816	4 124	+ 308	4 176
Zuschüsse an Sozialversicherungsträger	9 089	9 210	+ 121	10 908
Laufende Transfers an Länder und Gemeinden	1 141	1 245	+ 104	1 502
Leistungen aus dem Titel des Staatsvertrages	144	69	- 75	101
Landesverteidigung (ohne Personalaufwand)	2 535	2 614	+ 79	2 733
Staatsschuld	5 063	7 503	+2 440	8 199
davon Tilgung	2 908	4 977	+2 069	4 939
Brutto-Investitionen	4 662	4 661	- 1	5 195
Instandhaltung und Reparatur	975	893	- 83	900
Investitionsförderung	1 994	1 911	- 83	2 670
davon „Grüner Plan“ <sup>2)</sup>	592	525	- 67	487
Erwerb von Vermögenswerten	1 445	1 045	- 400	1 338
davon Elektrizitätswirtschaft	354	6	- 348	285
Internationale Finanzinstitutionen	170	33	- 137	149
Übriger Sachaufwand (Restpost)	4 387	4 746	+ 359	5 044
<b>Summe I</b>	<b>63 545</b>	<b>70 392</b>	<b>+ 6 847</b>	<b>77 715</b>
<b>II Ordentliche und außerordentliche Gebarung der Monopole und Betriebe</b>				
Personalaufwand für Aktive	8 936	9 724	+ 788	10 322
Pensionen	4 536	3 335 <sup>1)</sup>	-1 201	3 779
Betriebsaufwand	5 109	5 480	+ 371	5 018
Instandhaltung	744	737	- 7	694
Brutto-Investitionen	3 304	3 640	+ 336	3 765
<b>Summe II</b>	<b>22 629</b>	<b>22 793</b>	<b>+ 164</b>	<b>23 578</b>
<b>Gesamtausgaben (I+II)</b>	<b>86 174</b>	<b>93 185</b>	<b>+ 7 011</b>	<b>101 293</b>

<sup>1)</sup> Ab 1969 17 Mrd. S von ÖBB-Pensionen auf Pensionen der Hoheitsverwaltung übertragen — <sup>2)</sup> Ohne Zinszuschüsse und laufende Zuschüsse.

Der Personalaufwand stieg 1969 ziemlich stark (+11%). Mit 33'89 Mrd. S erreichte er erstmals fast 36½% der Gesamtausgaben. Die kräftige Steigerung, die sich gleichermaßen auf Aktivbezüge wie Pensionen erstreckt, ergibt sich aus den Bezugsregelungen nach dem Gehaltsgesetz. Seine Sätze hätten bei gleichbleibender Zahl der Bundesbediensteten die Lohn- und Gehaltssumme um etwa 13% steigen lassen. Tatsächlich blieben die Personalkosten der Hoheitsverwaltung etwas darunter, vor allem da die Zahl der neu eingestellten Lehrer bei weitem überschätzt worden war (-0,49 Mrd. S gegenüber dem Voranschlag 1969 im Unterrichtsressort), der Aufwand für aktive Bundesbedienstete unterschritt diese Rate mit knapp +9% deutlich. Hier zeichnet sich ein Teilerfolg der Rationalisierungsbemühungen ab. Wird die Übernahme von 17 Mrd. S ÖBB-Pensionen in die Hoheitsverwaltung nicht berücksichtigt, so nahmen hoheitliche und Betriebspensionen um je 11% zu. Aktivbezüge und Pensionen der Bundesbe-

diensteten wuchsen damit rascher als die Bezüge in der Privatwirtschaft (8½%).

**Personalaufwand**

	1968	1969		1970
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) / Abnahme (-)	Bundesvoranschlag
Mill S				
Löhne und Gehälter der Aktiven				
Hoheitsverwaltung	13 185	14 851	+1 666	16 256
Monopole und Betriebe	8 936	9 724	+ 788	10 322
<b>Summe</b>	<b>22 121</b>	<b>24 575</b>	<b>+ 2 454</b>	<b>26 578</b>
Pensionen				
Hoheitsverwaltung	3 860	5 975	+2 115	6 445
Monopole und Betriebe	4 536	3 335	-1 201	3 779
<b>Summe</b>	<b>8 396</b>	<b>9 310</b>	<b>+ 914</b>	<b>10 224</b>
Insgesamt				
Hoheitsverwaltung	17 045	20 826	+3 781	22 701
Monopole und Betriebe	13 472	13 059	- 413	14 101
<b>Summe</b>	<b>30 517</b>	<b>33 885</b>	<b>+ 3 368</b>	<b>36 802</b>

Für Sozialtransfers (Beihilfen, Opferrenten, Unterstützungen) wurden 11 51 Mrd. S, um 0,43 Mrd. S oder 4% mehr bereitgestellt. Die größte Post, der Aufwand für Familienbeihilfen, erhöhte sich bei gleichbleibenden Sätzen um 3½% auf 7 0 Mrd. S, da wieder ein geburtenstarker Jahrgang an die Stelle wegfallender schwächerer Jahrgänge trat. Etwa ein Drittel des Mehraufwandes floß den unterstützungsberechtigten Gastarbeitern zu, deren Zahl 1969 wieder zunahm. Ahermalige Leistungsverbesserungen und die Rentendynamik (Anpassungsfaktor 1 071) brachten den Kriegsoffern je Kopf um über 10% mehr. Zur Unterstützung von Arbeitslosen wurden 1 39 Mrd. S (+1½%) ausgegeben. Obwohl ihre Zahl im Jahresschnitt 1969 um fast 6% zurückging, ließen die neuen Höchstsätze und der noch immer große Anteil von Empfängern höherer Unterstützungen die Ausgaben um 0,02 Mrd. S steigen.

Die Bundeszuschüsse an die Sozialversicherung (9 21 Mrd. S) nahmen nur um 1½% zu. Die Stornierung der Reservenbildung im Rahmen der Budgetsanierung reduzierte das Erfordernis an Bundesbeiträgen zur Pensionsversicherung. Der Bund zahlte

**Beihilfen, Renten und Unterstützungen**

	1968	1969		1970
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) / Abnahme (-)	Bundesvoranschlag
Mill S				
Familienbeihilfen	6 759	6 996	+ 237	7 144
Kriegsopferfürsorge	2 010	2 149	+139	2 277
Arbeitslosenunterstützung	1 375	1 394	+ 19	1 515
Opferfürsorge u. Kleinrentner	139	139	-	139
Stipendien	95	107	+ 12	159
Laufende Transfers an private Haushalte	173	190	+ 17	233
Laufende Transfers an private Institutionen	528	538	+ 10	632
<b>Summe</b>	<b>11 079</b>	<b>11 513</b>	<b>+ 434</b>	<b>12 099</b>

nicht wie ursprünglich im ASVG vorgesehen 28% der Ausgaben der Pensionsversicherungsträger, sondern die Differenz zwischen den Einnahmen und 101% der Ausgaben der Anstalten. Der höhere Stand an Pensionen (+2½%), die Pensionsanpassung, aber auch Überhänge aus dem Vorjahr und die zu optimistische Einschätzung der Einnahmen der Versicherungsträger führten dazu, daß der im Voranschlag präliminierte Bundeszuschuß von 8 95 Mrd. S um 3% (0 26 Mrd. S) überschritten werden mußte.

Für *Subventionen* gab der Bund 4 12 Mrd. S aus, 8% mehr als 1968. Die Agrarsubventionen stiegen insgesamt um rund 0 32 Mrd. S. Obgleich die Milchlieferungen rückläufig waren, stieg der Subventionsbedarf der Milchwirtschaft um 0 19 Mrd. S auf 1 85 Mrd. S, da die steigenden Betriebskosten das Defizit des Milchwirtschaftsfonds weiter erhöhten und der Abbau des Krisengroschens zunehmende staatliche Förderungsmaßnahmen erforderte. Die Stützung des Brotgetreides, vornehmlich für Lagerung und Verwertung, kostete 0 58 Mrd. S (+0 16 Mrd. S). Da die inländische Futtermittelproduktion stieg und die *Fleischexporte* zurückgingen, konnten die entsprechenden Zuschüsse um 0 05 Mrd. S verringert werden. Im Gegensatz zu den Subventionen für die Landwirtschaft blieben die übrigen Zuschüsse etwa auf Vorjahreshöhe (0 75 Mrd. S).

Subventionen				
	1968	1969		1970
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (—)	Bundesvoranschlag
	Mill S			
Brotgetreide	425	583	+158	401
Milch	1 665	1 852	+187	1 827
Sonstige Lebensmittel	164	137	— 27	209
Futtermittel	121	103	— 18	50
Düngemittel	164	164	—	164
Treibstoffverbilligung	203	209	+ 6	218
Bergbauhilfe	176	84	— 92	93
Schlechtwetterentschädigung im Baugewerbe	75	87	+ 12	109
Zinszuschüsse an die Landwirtschaft	203	213	+ 10	241
Sonstige Subventionen an die Wirtschaft	620	692	+ 72	864
Summe	3 816	4 124	+308	4 176

Sprunghaft wuchs der Aufwand für die *Staatsschuld* (+48%). Von den 7 5 Mrd. S entfielen 4 98 Mrd. S auf Tilgungen, 2 31 Mrd. S auf die Verzinsung und 0 21 Mrd. S auf Begebungsspesen. Da umfangreiche kurzfristige Verbindlichkeiten fällig wurden, erhöhten sich die Tilgungen wie vorgesehen um 71%. Zinsen und Spesen kosteten insgesamt um 17½% mehr, die Ansätze des Voranschlages wurden um 0 54 Mrd. S unterschritten. Der Verzicht auf die für Herbst vorgesehene dritte Tranche einer Inlandsanleihe und die Einschränkung der Kreditoperationen im Ausland

begrenzten die Emissionsverluste und Provisionen. Spätere Begebungen, aber auch Swap-Operationen von hochverzinslichen Eurodollar- zu niedriger verzinsten DM-Krediten, ließen den Zinsendienst um 0 37 Mrd. S unter den Voranschlag sinken.

Der *Investitionshaushalt* des Bundes war mit 11 48 Mrd. S um 0 16 Mrd. S (+1½%) höher dotiert als 1968. Die Zunahme beschränkte sich auf die Investitionen im engeren Sinn (+4% auf 8 3 Mrd. S), wobei *Aufträge* großteils zu Jahresbeginn vergeben wurden. Die aus zweckgebundenen Einnahmen finanzierten Investitionen von Post (1 66 Mrd. S) und Straßenbau (3 14 Mrd. S) nahmen um 29% und 1½% zu. Die Bundesbahnen investierten etwa gleich viel wie im Vorjahr (1 87 Mrd. S). Investitionsförderung (—4%) und Instandhaltung (—5%) hingegen erreichten nicht den Vorjahresstand. Insbesondere aus der Investitionsförderung der Landwirtschaft flossen weniger Mittel zu (—0 12 Mrd. S). Neben seinen im Rechnungsabschluß ausgewiesenen Investitionen und Förderungsmaßnahmen stellte der Bund mehr Mittel für den Wohn- und Wasserbau bereit (3 4 Mrd. S gegen 3 0 Mrd. S im Jahre 1968), außerdem wurden die Bundeshaftungen zur Investitions- und Exportförderung ausgeweitet. Dem Exportboom entsprechend wurde der Haftungsrahmen für Exporte auf

**Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung**

	1968	1969		1970
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (—)	Bundesvoranschlag
	Mill S			
<b>I. Hoheitsverwaltung</b>				
Straßen und Brücken	3 090	3 140	+ 50	3 182
Hochbauten	872	941	+ 69	1 171
Sonderanlagen und sonstige Bauten	170	134	— 36	310
Inventar, Maschinen, Fahrzeuge	530	446	— 84	532
Investitionen insgesamt	4 662	4 661	— 1	5 195
Instandhaltung	975	892	— 83	900
<b>II. Bundesbetriebe und Monopole</b>				
Bundesbahnen	1 878	1 865	— 13	1 714
Post	1 289	1 663	+374	1 925
Sonstige	137	112	— 25	126
Investitionen insgesamt	3 304	3 640	+336	3 765
Instandhaltung	744	737	— 7	694
<b>III. Investitionsförderung</b>				
Wohnungsbau	269	274	+ 5	251
Land- u Forstwirtschaft	999	876	—123	859
Industrie und Gewerbe	167	148	— 19	334
Forschung u Wissenschaft	242	212	— 30	240
Erziehung und Unterricht	114	120	+ 6	140
Sonstige Darlehen und Zuschüsse	204	283	+ 79	885
Summe	1 995	1 913	— 82	2 709
<b>Investitionen, Instandhaltung und Investitionsförderung insgesamt</b>				
	11 680	11 843	+163	13 263
davon Brutto-Investitionen	7 966	8 301	+335	8 960
Instandhaltung	1 719	1 629	— 90	1 594
Investitionsförderung	1 995	1 913	— 82	2 709

15 Mrd. S erhöht, die Haftungen für Exporte stiegen um 26,5% auf 12,9 Mrd. S.

Die gesamten Aufwendungen für die Landesverteidigung erreichten 4,11 Mrd. S (+6%). Mit Hilfe der Wehrleihe (0,39 Mrd. S) konnte zwar der Sachaufwand gegenüber 1968 um 3% auf 2,61 Mrd. S erhöht werden, die Ausgabenstruktur hat sich aber durch die Gehaltsdynamik weiter zugunsten des Personalaufwandes verschoben. Die „Wehrquote“ erreichte knapp 1,3% des Brutto-Nationalproduktes.

**Einnahmen**

Im Gegensatz zu den Ausgaben (+8%) wuchsen die Gesamteinnahmen mit knapp 11% rascher als das nominelle Sozialprodukt (+9,6%). Sie erreichten 86,03 Mrd. S und überschritten damit den Vorschlag um 0,5 Mrd. S (0,6%). Der Konjunkturaufschwung sowie Erhöhungen von Steuersätzen und Tarifen steigerten die Steuererträge um 12% und die Einnahmen der Betriebe und Monopole um 8%.

**Struktur der Bundeseinnahmen**

	1968 Erfolg	1969 Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	1970 Bundes- voran- schlag
Mill. S				
<b>I Einnahmen der Hoheitsverwaltung</b>				
Steuern und Abgaben	43.828	49.095	+ 5.267	53.535
Steuerähnliche Einnahmen	9.039	9.763	+ 724	10.588
Pensionsbeitr. d. Beamten	401	460	+ 59	481
Strafgelder, Rechtsgeb.	614	648	+ 34	636
Katastrophenfond	441	549	+ 108	640
Laufende Beiträge der Länder und Gemeinden	908	965	+ 57	920
Überweisungen aus dem Ausland	111	121	+ 10	105
Darlehensrückflüsse	217	215	- 2	245
Gewinnanteile und Vermögenserträge	1.210	1.495	+ 285	1.515
Veräußerungserlöse	259	190	- 69	247
Ressorceinnahmen u. sonst. Kostensätze (Restpost)	2.656	3.018	+ 362	2.829
<b>Summe I</b>	<b>59.684</b>	<b>66.519</b>	<b>+ 6.835</b>	<b>71.740</b>
<b>II Einnahmen der Monopole und Betriebe</b>				
Monopole	1.395	1.421	+ 26	1.451
Post	6.819	7.386	+ 567	7.866
Bundesbahnen	7.961	8.725	+ 764	9.235
Postsparkasse	641	716	+ 75	711
Sonstige Betriebe	1.207	1.253	+ 46	1.275
<b>Summe II</b>	<b>18.023</b>	<b>19.501</b>	<b>+ 1.478</b>	<b>20.538</b>
<b>Ordentliche Einnahmen (Summe I + II)</b>	<b>77.707</b>	<b>86.020</b>	<b>+ 8.313</b>	<b>92.278</b>
<b>III Außerordentliche Einnahmen</b>				
	21	7	- 14	40
<b>Einnahmen insgesamt (Summe I bis III)</b>	<b>77.728</b>	<b>86.027</b>	<b>+ 8.299</b>	<b>92.318</b>

Die öffentlichen Abgaben erbrachten brutto 74,45 Mrd. S, um 11,5% (7,69 Mrd. S) mehr als im Vorjahr. Die direkten Steuern (+15%) waren zufolge der temporären Zuschläge zur Einkommen- und Ver-

mögensteuer relativ ergiebiger als die indirekten (+9%). Nach Abzug der Ertragsanteile von Ländern, Gemeinden, Fonds usw. blieben dem Bund netto 49,10 Mrd. S (+5,27 Mrd. S oder +12%). Wie im Vorjahr stieg das Netto-Aufkommen stärker als das Brutto-Aufkommen, weil die Steuerzuschläge und Sonderabgaben fast durchwegs für die Budgetsanierung verwendet wurden. Ohne steuerpolitische Maßnahmen hätte das Mehraufkommen statt 5,3 Mrd. S (+12%) nur 1,9 Mrd. S (+4,5%) betragen, der Gebarungsabgang wäre brutto und netto um 3,7 Mrd. S größer gewesen.

Von den 4,06 Mrd. S Mehrertrag an direkten Steuern (insgesamt 31,37 Mrd. S) entfällt mehr als die Hälfte (2,1 Mrd. S) auf die temporären Steuerzuschläge (10% zur Einkommen-, Lohn- und Körperschaftsteuer und 50% zur Vermögensteuer). Die Lohnsteuereingänge stiegen um 21% (+1,51 Mrd. S), das Aufkommen an Einkommensteuer dagegen war rückläufig (-0,55 Mrd. S oder -8%). Die auffallende Diskrepanz erklärte sich aus einer Phasenverschiebung, die nach Steuertarifsenkungen stets eintritt.

Der Effekt der Einkommensteuerreform wirkte sich 1967 bei der Lohnsteuer sofort aus, erschöpfte sich aber binnen Jahresfrist. Ab diesem Zeitpunkt wurde die Progression wieder voll wirksam (allerdings auf einem herabgesetzten Niveau). Bei der veranlagten Einkommensteuer trat der Senkungseffekt später auf und verteilte sich auf einen längeren Zeitraum. Dieses Phänomen konnte im Verlauf aller bisherigen Steuersenkungsaktionen beobachtet werden (1955, 1958, 1962). Dazu kam, daß die Erträge 1967, die größtenteils erst 1969 veranlagt wurden, konjunkturbedingt relativ niedrig waren.

Langfristig wächst die Lohnsteuerbelastung pro Kopf nicht stärker als die Einkommensteuerbelastung. Die aus der Progressionskurve und der Einkommensverteilung resultierende Tendenz wird durch Tarifkorrekturen in mehrjährigen Abständen ausgeglichen. Im Durchschnitt der letzten zwanzig Jahre (1950/69) war die gesamtwirtschaftliche Belastung aller Einkommensteuerpflichtigen 2,4mal so groß wie die der Lohnsteuerpflichtigen. Diese Belastungsrelation hat sich auch in den letzten Jahren kaum verschoben (1965/69: 2,3). Das gesamte Lohnsteueraufkommen wächst allerdings etwas stärker als das an veranlagter Einkommensteuer, da die Lohnquote am Volkseinkommen steigt.

Nach einer langjährigen Stagnation wurde 1969 auch die Körperschaftsteuer wieder ergiebiger (+0,24 Mrd. S oder +10%). Diese Tendenz scheint sich 1970 verstärkt fortzusetzen. Die Gewerbesteuer erbrachte gleichfalls höhere Erträge (+0,25 Mrd. S oder +5%). Sie können als „Vorboten“ der kon-

konjunkturbedingt besseren Gewinnlage (1968/69) angesehen werden. Der steuermindernde Effekt der „Wachstumsgesetze“ und der Einkommensteuerreform dürfte im Berichtsjahr ausgelaufen sein.

**Steuern und steuerähnliche Einnahmen**

	1968	1969		1970
	Erfolg	Vorläufiger Erfolg	Zunahme (+) Abnahme (-)	Bundesvoranschlag
	Mill. S			
<b>A. Steuern</b>				
<b>1 Direkte Steuern</b>				
Einkommensteuer	6.874	6.320	- 554	7.400
Lohnsteuer	7.111	8.621	+1.510	10.100
Körperschaftsteuer	2.310	2.548	+ 238	2.550
Sonderabgaben vom Einkommen		1.682	+1.682	2.041
Vermögensteuer	878	832	- 46	920
Sonderabgaben vom Vermögen		416	+ 416	460
Gewerbesteuer	4.784	5.037	+ 253	5.600
Beitrag vom Einkommen	2.956	3.188	+ 232	3.652
Wohnbauförderungsbeitrag	711	830	+ 119	900
Beitrag für den Katastrophenfonds	522	561	+ 39	640
Erbschaft-(Schenkungs-)Steuer	280	337	+ 57	330
Erbschaftsteueräquivalent	322	334	+ 12	385
Sonstige direkte Steuern	571	669	+ 98	703
<b>Summe 1</b>	<b>27.319</b>	<b>31.375</b>	<b>+4.056</b>	<b>35.681</b>
<b>2 Indirekte Steuern</b>				
Umsatzsteuer	17.736	18.721	+ 985	20.700
Sonderabgabe von alkoholischen Getränken	236	1.007	+ 771	1.100
Sonderabgabe von Kraftfahrzeugen	41	565	+ 524	600
Zölle	4.739	4.744	+ 5	5.000
Tabaksteuer	3.394	3.649	+ 255	3.880
Mineralölsteuer	5.081	5.457	+ 376	5.980
Biersteuer	584	588	+ 4	600
Weinsteuer, Branntweinabgabe usw.	240	238	- 2	234
Rechnungsstempel	3.293	3.592	+ 299	3.940
Beförderungsteuer	776	954	+ 178	1.150
Gründerwerbsteuer	521	578	+ 57	570
Versicherungsteuer	491	533	+ 42	600
Kraftfahrzeugsteuer	637	680	+ 43	730
Außenhandelsförderungsbeitrag	296	335	+ 39	310
Sonstige Gebühren u. Abgaben	1.374	1.430	+ 56	1.584
<b>Summe 2</b>	<b>39.439</b>	<b>43.071</b>	<b>+3.632</b>	<b>46.978</b>
Öffentliche Abgaben brutto	66.758	74.446	+7.688	82.659
Überweisung an Länder, Gemeinden, Fonds usw.	22.930	25.351	+2.421	29.124
<b>Öffentliche Abgaben netto (A)</b>	<b>43.828</b>	<b>49.095</b>	<b>+5.267</b>	<b>53.535</b>
<b>B. Steuerähnliche Einnahmen</b>				
Arbeitslosenversicherungsbeiträge	1.526	1.676	+ 150	1.796
Dienstgeberbeiträge zum Kinderbeihilfen-Ausgleichsfonds	6.046	6.568	+ 522	7.200
Beiträge zum Familienbeihilfen-Ausgleichsfonds	560	599	+ 39	676
Sonderbeiträge gem. § 12 Wohnungsbauhilfengesetz	386	394	+ 8	398
Zweckgebundene Einnahmen für Preisausgleichsfonds	493	498	+ 5	489
Sonstige	28	28	-	29
<b>Summe B</b>	<b>9.039</b>	<b>9.763</b>	<b>+ 724</b>	<b>10.588</b>

Die indirekten Steuern stiegen insgesamt um 3'63 Mrd. S (+9%) auf 43'07 Mrd. S. Über ein Drittel des Mehrertrages (1'3 Mrd. S) entfällt auf Sonderabgaben

(alkoholische Getränke und Kraftfahrzeuge). Die Umsatzsteuer (18'72 Mrd. S) erbrachte nur Mehreinnahmen von 0'98 Mrd. S (+ 6%), weil die starke Aktivierungstendenz im Außenhandel das Netto-Aufkommen empfindlich schmälerte (hohen Umsatzsteuer-Exportrückvergütungen standen relativ schwach steigende Import-Ausgleichsteuererträge gegenüber).

Die Zolleinnahmen stagnierten auf 4'74 Mrd. S. Die Verbrauchsteuern (ohne Sonderabgaben) stiegen um 7% auf 9'92 Mrd. S, wobei die Tabaksteuer (3'65 Mrd. S) und die Mineralölsteuer (5'46 Mrd. S) um jeweils 7 1/2% expandierten. Die Eingänge an traditionellen Steuern auf alkoholische Getränke (Bier-, Weinsteuer usw.) blieben hingegen unverändert auf dem Niveau von 1967 und 1968 (0'82 Mrd. S). Die Gebühren und Verkehrsteuern erbrachten 8'10 Mrd. S, um 0'71 Mrd. S oder 10% mehr als 1968. Besonders kräftig nahm die Beförderungsteuer zu (+23%).

Die steuerähnlichen Einnahmen, vor allem die Arbeitslosenversicherungsbeiträge und die Dienstgeberbeiträge zum Familienbeihilfen-Ausgleichsfonds wuchsen etwa im Ausmaß der Lohnsumme. Sie stiegen um 8% (+0'72 Mrd. S) auf 9'76 Mrd. S.

Die sonstigen Einnahmen (vorwiegend Kostenersätze, Vermögenserträge, Beiträge und Gebühren aus privaten und öffentlichen Quellen sowie Einkünfte des Katastrophenfonds) nahmen um 12% auf 7'66 Mrd. S zu. In dieser Position entwickelten sich die Vermögenserträge besonders günstig (+0'28 Mrd. S oder +24%), wobei vor allem die Münzgewinne und die Dividenden der verstaatlichten Industrie und Banken (einschließlich Nationalbank) ins Gewicht fielen.

Die Gesamterlöse der Monopole und Betriebe erhöhten sich 1969 um 1'48 Mrd. S (+8%) auf 19'50 Mrd. S. Die Einnahmen der ÖBB, die jahrelang stagniert hatten, nahmen dank höheren Verkehrsleistungen und einigen Tarifkorrekturen im Nahverkehr um fast 10% (+0'76 Mrd. S) auf 8'72 Mrd. S zu, jene der Post stiegen um 8% (+0'57 Mrd. S) auf 7'39 Mrd. S. Die sonstigen Betriebe (und Monopole) erzielten nur mäßige Mehreinnahmen (+0'15 Mrd. S oder 5%). Trotz den konjunkturbedingt hohen Einnahmesteigerungen sank der Brutto-Abgang der Monopole und Betriebe formell von 4'60 Mrd. S auf 3'29 Mrd. S, weil der Bund seit 1969 etwa die Hälfte der Pensionslast der ÖBB in die Hoheitsverwaltung übernimmt (1'7 Mrd. S). Scheidet man die (werterhöhenden) Netto-Investitionen (Brutto-Investitionen minus Abschreibungen laut Bilanz) aus den Ausgaben aus (1968: 1'1 Mrd. S, 1969: 1'3 Mrd. S) und nimmt man für 1968 hinsichtlich der Pensionslast die gleiche

Rechtslage an wie 1969, dann stieg das wirtschaftlich relevante Netto-Defizit von 1,8 Mrd. S im Jahre 1968 auf 2,0 Mrd. S.

Die *Finanzschuld* des Staates stieg 1969 um 9 1/2% auf 43,6 Mrd. S. Im Gegensatz zu den Vorjahren wurde der Brutto-Abgang des Bundeshaushaltes vornehmlich durch Inlandskredite gedeckt. Aufnahmen im Inland von 6,0 Mrd. S standen Tilgungen von 3,2 Mrd. S gegenüber, wodurch die Inlandsschuld um mehr als 10% auf 30,84 Mrd. S zunahm. Aus dem Ausland nahm der Bund 2,4 Mrd. S herein, Wechselkursänderungen erhöhten die Schuldsomme um etwa 0,4 Mrd. S. Abzüglich der Tilgungen von 1,9 Mrd. S wuchs die Auslandsschuld nur um 0,89 Mrd. S auf 12,76 Mrd. S. Sie beläuft sich gegenwärtig auf 29% der gesamten Staatsschuld. Dank der günstigen Einnahmenentwicklung gegen Jahresende verringerte sich das formelle Haushaltsdefizit von den vorgesehenen 8,37 Mrd. S auf 7,16 Mrd. S. Da die Kreditaufnahme auf das präliminierte Defizit abgestellt war, blieb dem Bund ein Mehrerlös von 1,3 Mrd. S, mit dem Verwaltungsschulden abgebaut wurden. Wie im Vorjahr erreichte der Anteil der Staatsschuld am

Brutto-Nationalprodukt 13 1/2%, wogegen er im Durchschnitt der sechziger Jahre 12 1/2% betrug. Die durchschnittliche Verzinsung der Staatsschuld blieb dank flexibler Schuldenverwaltung mit 5,5% fast unverändert.

**Stand der Finanzschuld des Bundes<sup>1)</sup>**

	1967		1968		1969	
	Stand	Ver- änderung	Stand	Ver- änderung	Stand	Ver- änderung
Mill. S						
<b>I. Auslandsschuld</b>						
davon						
Titrierte Schuld	5.724	+3.821	6.935	+1.211	7.758	+ 823
Nicht-titrierte Schuld	1.476	— 302	4.936	+3.460	5.004	+ 68
Summe I	7.200	+3.519	11.871	+4.671	12.762	+ 891
<b>II. Inlandsschuld</b>						
1 Fundierte Schuld	23.414	+1.007	23.481	+ 67	24.078	+ 597
davon titriert	17.211	+ 924	16.835	— 376	19.780	+2.945
nicht-titriert	6.203	+ 83	6.646	+ 443	4.298	—2.348
2 Schwebende Schuld	3.965	+ 776	4.489	+ 524	6.764	+2.275
Summe II	27.379	+1.783	27.970	+ 591	30.842	+2.872
<b>Gesamte Bundesschuld</b>	<b>34.579</b>	<b>+5.302</b>	<b>39.841</b>	<b>+5.262</b>	<b>43.604</b>	<b>+3.763</b>
davon kurzfristig <sup>2)</sup>	215	— 612	1.463	+1.248	4.719	+3.256
mittelfristig <sup>3)</sup>	7.368	+4.541	9.587	+2.219	7.698	—1.889
langfristig <sup>4)</sup>	26.996	+1.373	28.791	+1.795	31.187	+2.396

<sup>1)</sup> Jeweils zu Jahresende. — <sup>2)</sup> Laufzeit bis einschließlich 1 Jahr. — <sup>3)</sup> Laufzeit bis 5 Jahre. — <sup>4)</sup> Laufzeit länger als 5 Jahre

Max Arbesser  
Anton Kausel